

## Widerstand im Jahr eins nach Heiligendamm

Eineinhalb Jahre ist die Kampagne gegen das G8-Gipfeltreffen in »Heiligendamm« her. Ihre Auswirkungen auf einen emanzipatorischen Widerstand und auf die kontinuierliche Stärke im Kampf gegen den kapitalistischen Alltag sind gering gewesen.

Linke Themen und Inhalte waren eine Zeit lang wahrnehmbar, speziell während der Zeit der Razzien im Vorfeld von Heiligendamm, z. B. die Empörung über totalitäre Repressionsmethoden des Staates und gegen die Kriminalisierung von Leuten, die sich engagieren. Aber insgesamt bleibt der Widerstand gegen die »Zumutungen« des Kapitalismus eher schwach. Er ist zurückgefallen in Alltags-Abwehrkämpfe und nicht in eine langfristige Offensive übergegangen.

Die reformistischen und sozialdemokratischen Spektren hatten erhofft, mehr Menschen organisieren und handlungsfähiger werden zu können. Die Interventionistische Linke versuchte mit einer Konferenz vom 25. bis 27. April 2008 in Marburg die Stärke des Widerstands von Heiligendamm für ein organisatorisches Gründungssignal zu nutzen. Stattdessen zeigte die Konferenz die weiter bestehenden internen Brüche und Divergenzen innerhalb der Interventionistischen Linken. So setzte sich die Gruppe FeLS für die reformistische Mayday-Demonstration am 1. Mai in Berlin und die Organisierte Autonomie (OA) Nürnberg für revolutionäre 1. Mai Demonstrationen ein.

An den Nachfolgetreffen der Anti-Gipfel-Aktionen, an den so genannten Perspektiventagen Ende Januar 2008 in Berlin und Anfang Oktober 2008 in Hamburg nahmen nur wenige politische Strömungen und Personen teil und es gingen keine politische Impulse davon aus. Das gleiche gilt auch für den 31. Kongress der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) vom 8. bis 11. Mai 2008 in Dortmund. Die Absicht, dort die reformistische Parole »für globale soziale Rechte« in der Internationalismusbewegung zu verankern, scheiterte an der linken Kritik und am allgemeinen Desinteresse an strategischen Diskussionen. Das Klimacamp in Hamburg, als Heiligendamm-Fortsetzung beworben, blieb mit 800 bis 1000 TeilnehmerInnen weit unter dem angekündigten Niveau.

Bei bestimmten Kristallisationspunkten von Protest und Widerstand gehen aber punktuell mehr Leute auf die Straße. Unabhängig vom Versuch, ein flüchtiges »Heiligendamm-Feeling« unpolitisch zu konservieren, gibt es eine höhere Bereitschaft, zu bestimmten Ereignissen mit antikapitalistischem Charakter wieder massenhaft auf die Straße zu gehen. Dies wurde im letzten Jahr beispielsweise sowohl bei einigen Protesten gegen Studiengebühren oder gegen die kapitalistische Formierung der Hochschulen als auch beim Revolutionären 1. Mai in Hamburg oder beim Revolutionären 1. Mai in Berlin deutlich. Auch in Nürnberg wurde groß mobilisiert.

In Berlin brachte die vom revolutionären 1. Mai Bündnis organisierte Demonstration mit der zentralen Losung »1. Mai – Zusammen kämpfen gegen Kapitalismus und Krieg – Für Solidarität und soziale Revolution« etwa 10.000 Menschen auf die Straße und damit noch mehr als im Vorjahr.

Ebenfalls 10.000 antifaschistische DemonstrantInnen schafften es in Hamburg, einen Aufmarsch von Nazis (Kameradschaften und NPD) zu blockieren. Die Nazis griffen aus

ihrer Demonstration heraus die linke Gegendemo militant an. Die Polizei versuchte ihnen einen Weg frei zu prügeln und mit Wasserwerfereinsatz frei zu spritzen, beschränkte sich aber zum Schluss auf die Abschirmung der Nazikundgebung. Das Hamburger Bündnis für einen Revolutionären 1. Mai setzte sich mit einem klaren antikapitalistischen Aufruf deutlich von reformistischen Kräften wie u. a. dem Mayday ab. Dieser Klarheit steht der Reformismus und antilinke Impuls der Mayday-Parade in Berlin gegenüber. Etwa 4000 Menschen nahmen an ihr teil. Zu ihr riefen 2008 auch neben postautonomen Gruppen wie FeIS verstärkt Attac und Jugendorganisationen von SPD, LINKE und Grünen auf.

FeIS bezeichnet den Kapitalismus als einen »neoliberal« organisierten, als ob es einen Kapitalismus gäbe, in dem alle Menschen in gesicherten sozialen und Arbeitsverhältnissen leben können. Werden beispielsweise im Hamburger Aufruf die politischen Ursachen für Armut benannt, feiert der Mayday Berlin die eigene Individualisierung und Atomisierung mit Slogans wie »Ichpause« oder »Ichstreik«. Mayday ist ein Haufen von radikal kostümierten ReformistInnen, der immer mehr im sozialdemokratischen Sumpf untergeht.

Der BundessprecherInnenrat der Ökologischen Linken hat wie jedes Jahr einen Schwerpunkt auf die Revolutionäre 1. Mai-Demonstration in Berlin gelegt, hat die Bündnistreffen dazu beobachtet und engen Kontakt zu der am Revolutionären Bündnis beteiligten Ökologischen Linken Berlin gehalten. Der BundessprecherInnenrat und Mitglieder der Ökologischen Linken haben an der Demonstration teilgenommen und dort 7000 Flugblätter »APO, Emanzipation und Befreiung« zu unserem diesjährigen Kampagnenschwerpunkt »Geschichtsrevisionismus anlässlich 40 Jahre 1968« verteilt.

Der Widerstand in Heiligendamm hat nicht dazu geführt, dass die Proteste gegen die weitere Entwertung der Arbeitskraft, den Sozialterror der Herrschenden und die staatliche Subventionierung des Kapitals mit Hunderten von Milliarden Euro gestärkt wurden.

Die erkämpften sozialen und demokratischen Rechte werden weiterhin demontiert. Die bürgerliche (Pseudo-) Demokratie, also die angebliche Kontrolle des Staates durch das Parlament, wird zunehmend aufgehoben. Immer mehr Macht wird in der zentralstaatlichen Exekutive, der Bundesebene konzentriert, wie z. B. durch das neue BKA-Gesetz. Am 12. November 2008 wurde es im Bundestag verabschiedet und anschließend im Bundesrat abgelehnt. Im Vermittlungsausschuss soll jetzt durch minimale Veränderungen eine höhere Akzeptanz für den repressiven Charakter der Regelungen erreicht werden. Als scheinbarer Schutz soll für eine Online-Durchsuchung immer eine vorherige richterliche Erlaubnis notwendig sein. Totalitärer Kern des Gesetzes ist die anlass-unabhängige Rasterfahndung, der Lausch- und Spähangriff auf Telefon und Wohnung, die Ortung von Handys, die heimliche Onlinedurchsuchung und die Ermöglichung eines Datenaustausches mit Geheimdiensten.

Das bürgerliche Zeugnisverweigerungsrecht soll für JournalistInnen und RechtsanwältInnen eingeschränkt werden. Nur die Bundestagsmitglieder, Geistliche und StrafverteidigerInnen haben weiter das volle Zeugnisverweigerungsrecht. Das Parlament entledigt sich damit seiner schärfsten journalistischen KritikerInnen, dem investigativen Journalismus mit seinem Geheimnisverrat.

Neben dem bürgerlichen Klassenrecht wird ein immer feinmaschigeres Gesinnungsrecht – wie wir es von den Nazis kennen – geschaffen. Die so genannten Antiterror-Gesetze sind das Zentrum des Gesinnungsrechts. Im März 2008 wurde z. B. der erste Strafprozess nach 129b in begonnen. Der Paragraph 129b stellt die Mitgliedschaft, Unterstützung und Werbung für eine so genannte »terroristische« Vereinigung im Ausland unter Strafe.

Zielobjekte des Verfahrens waren fünf vermeintliche Mitglieder der türkischen maoistischen DHKP-C, gegen die ein Geheimdienstspitzel mit erfundenen Aussagen auftrat. Verschiedene MigrantInnenorganisationen und Antirepressionsinitiativen organisierten am 5. Juli 2008 in Stuttgart eine Demonstration gegen die politische Sonderjustiz.

Die Unschuldsvermutung des bürgerlichen Rechtsstaates gilt nicht mehr. Potenziell ist jedeR BürgerIn einE TerroristIn – bis zu seinem/ihrem Beweis des Gegenteils. Die staatliche Ausforschung und Überwachung richtet sich gegen Alle. So erhielten alle BürgerInnen im August 2008 eine Steuer-Identifikationsnummer, über die sich verstreute Erkenntnisse und Daten des/der Einzelnen zusammenführen lassen. Die staatliche Kommunikationsüberwachung wird ab dem 1. Januar 2009 durch die Vorratsdatenspeicherung der Internetverbindungen ergänzt, nachdem seit 2008 die Totalprotokollierung von Telefon- und Handyverbindungen legal wurde.

Demonstrationen gegen den Überwachungs- und Polizeistaat waren jahrelang Veranstaltungen von wenigen Hundert radikalen Linken. Bei einem bundesweiten Aktionstag im Mai 2008 gingen Tausende auf die Straße, darunter auch zunehmend liberale BürgerInnen. Im Oktober 2008 fand in Berlin eine Demonstration gegen den Überwachungsstaat und gegen die Einführung einer Zentraldatei statt, an der laut Angaben der VeranstalterInnen bis zu 70.000 Menschen teilgenommen haben. Der bürgerrechtliche Widerstand ist allerdings sehr heterogen; er reicht bis hin zur FDP, die jetzt in Bayern die totale Einschränkung des Demonstrations- und Versammlungsrechts in der Regierung mitträgt. Auf Transparenten bei den Demonstrationen bekam mensch häufig die Parole »Gegen StaSi 2.0« zu lesen. Der Vergleich BRD und DDR ist lächerlich. Er verharmlost den real existierenden Polizei- und Überwachungsstaat Deutschland.

Gegen die von der CSU-Landtagsmehrheit durchgesetzte faktische Aufhebung der Demonstrations- und Versammlungsfreiheit gab es im Juli 2008 mit zwei Demonstrationen mit mehreren Tausend Menschen, eine für Bayern relativ große Mobilisierung. Auch in Baden-Württemberg soll die Demonstrations- und Versammlungsfreiheit faktisch aufgehoben werden. In Stuttgart demonstrierten am 6. Dezember 2008 6.000 bis 7.000 Menschen überwiegend aus dem linken Spektrum gegen das geplante neue Versammlungsgesetz. Versuche der Polizei, den linksradikalen Block anzugreifen, gingen ins Leere, auch weil bürgerliche TeilnehmerInnen solidarisch handelten und dazwischen gingen.

Die soziale Ungleichheit hat in der BRD inzwischen wieder das Niveau der 1950er Jahre erreicht. Die Hälfte der Bevölkerung verfügt nur noch über knappe 4 Prozent der Vermögen. Die Reichsten, d. h. nur 10 Prozent der Bevölkerung, verfügen über fast die Hälfte der Vermögen – Tendenz steigend.

Die Erfolge der ArbeiterInnenbewegung werden weiter abgeräumt – Betrieb für Betrieb, Branche für Branche. Immer mehr Menschen müssen täglich immer länger arbeiten, mit immer kürzeren Pausen und für sinkende Reallöhne. Immer mehr Menschen müssen zwei bis drei Jobs annehmen, um überleben zu können. Rente gibt es erst ab 67, wenn mensch sie überhaupt noch erlebt.

Die gegenwärtige weltweite kapitalistische Krise soll durch eine brutale Verarmung und Enteignung der lohnarbeitenden Menschen gelöst werden. Mitte 2008 müssen u. a. eine bis eineinhalb Millionen Menschen in der BRD auf Lebensmittel-Almosen der 795 »Tafeln« zurückgreifen, um nicht zu hungern. Das ist eine Verdopplung der kapitalistischen Armutsverwaltung durch Suppenküchen innerhalb der letzten drei Jahre.

Noch nie war die Krankschreibungs- und Arbeitsunfähigkeitsrate in der BRD so gering wie

im Sommer 2008. Das heißt, die Menschen schleppen sich aus Angst um ihre materielle Existenz zu ihrer Lohnarbeit, obwohl sie kaputt und erholungsbedürftig sind. Sie stecken ihre gesamte Energie in den Betrieb, um nicht ausgespuckt und fallen gelassen zu werden. Manche reagieren mit »innerer Kündigung«, Burnout und Depression.

Ein Programm, das Workfare genannt wird, soll den Staat um 25 Milliarden Euro entlasten, indem Menschen 39 Stunden in der Woche ohne Lohn arbeiten sollen. Sie erwerben durch diese Zwangsarbeit nur die Berechtigung, Arbeitslosengeld 2 beziehen zu können. In zynischer Manier sprechen VertreterInnen der Herrschenden bei diesem Programm von »Aktivierungsstrategien«, die Menschen bereitwilliger machen sollen, weiterem Zwang und weiterer Ausbeutung zuzustimmen.

Noch immer erhalten Frauen in der BRD für dieselbe Arbeit durchschnittlich 20 Prozent weniger Lohn – die größte Diskrepanz in ganz EU-Europa. Die meisten ungesicherten Jobs mit Niedriglöhnen, also die Drecksarbeiten, werden von Frauen gemacht. Noch immer stellen sie den größten Anteil der Armen. Weltweit werden mindestens vier Millionen Frauen jährlich zum Zweck der Prostitution und Sklaverei verkauft, aber auch Kinder und Männer. Frauen, die das Kapital für Herrschaftsfunktionen rekrutiert hat, sollen als Beleg für mehr Gleichberechtigung herhalten.

Die Gewerkschaften organisieren diese verschärfte intensive und extensive Ausbeutung mit und sorgen für ein Klima der Entsolidarisierung. Lokaler sozialer Widerstand und Klassenkämpfe bleiben ohne Verbindung untereinander und fallen in ständisches Bewusstsein zurück: Das in der Linken romantisch-enthusiastisch begrüßte »Strikebike«, das während der Besetzung der Fahrradfabrik Nordhausen hergestellt wurde, wird nach der Aufgabe des Arbeitskampfes als »Volksfahrrad« vermarktet.

Die als alternativlos erscheinenden elenden gesellschaftlichen Zustände bringen immer mehr Menschen zum Ausflippen, zu zielloser Gewalt zum Beispiel in direkter Konfrontation mit VertreterInnen der Sozialbehörden. Darauf reagieren Staat und Justiz mit Repression, Wegsperrern, Wegschließen – am besten für immer. Die einen landen in Heimen und in der Psychiatrie. Die anderen werden in Knäste abgeschoben.

Von der Verarmung zu profitieren versucht die Bundeswehr, die ihre Rekrutierungsveranstaltungen in ARGE (ARbeitsGEmeinschaften) und auf städtischen Marktplätzen fortsetzt. Die ARGE Leipzig z. B. hat mit der Bundeswehr eine Kooperationsvereinbarung zur Gewinnung von ZeitsoldatInnen geschlossen.

Der offenere Imperialismus der BRD braucht mehr Kanonenfutter. Die verschämte Menschenrechtsposition als Legitimation für Kriege wird immer mehr aufgegeben zugunsten direkt imperialistischer Begründungen, wie z. B. Rohstoffsicherung und Geostrategie. Für die neue Qualität des Kriegs in Afghanistan werden mehr SoldatInnen und wird mehr Material gebraucht. Seit Beginn des Einsatzes in Afghanistan 2002 sind 30 deutsche Soldaten getötet worden; dazu kommt eine etwa ebenso große Zahl an Selbstmorden. Viele wieder in Deutschland lebende Soldaten können ihren Alltag nur noch mit Psychopharmaka bewältigen. Nach den letzten Toten spricht Kriegsminister Jung erstmals von »Gefallenen« anstatt wie sonst von »aus dem Leben gerissenen«. Wenn wieder mehr für »die deutsche Wirtschaft« gestorben werden soll, dann muss auch wieder mehr Blech für die Dekoration der gefallenen oder noch lebenden SoldatInnen her. Darum billigte Bundespräsident Köhler März 2008 die Einführung eines Tapferkeitsordens, dem ersten seit dem Ende des Naziregimes und im Design dem Eisernen Kreuz der NS-Wehrmacht nachempfunden.

Eine große Antikriegsbewegung ist trotz einiger Demonstrationen – z. B. anlässlich des Endsendebeschlusses nach Afghanistan in Stuttgart und Berlin mit mehreren tausend TeilnehmerInnen (September 2008) und gegen die NATO-Sicherheitskonferenz in München (Februar 2008) nicht in Sicht. Am Atomwaffenstandort Büchel demonstrierten am 30. August 2008 1500 Menschen. Die VeranstalterInnen hatten die durchgeknallten Esoterikerinnen Barbara Rütting und Nina Hagen als Verkünderinnen der Friedensbotschaft eingeladen. Eine Mehrheit der Bevölkerung lehnt den Afghanistan-Krieg ab. Die traditionelle Friedensbewegung schafft es nicht, eine wirksame Antikriegsbewegung auf die Straße zu bringen wegen der Inkonsequenzen ihrer Orientierung und Aufrufe, in denen zum Teil die so genannte militärische Friedenssicherung befürwortet wird.

Gegen die Bundeswehr und die Militarisierung des Alltags finden aber auch immer mehr Nadelstich- und Störaktionen statt. Im April 2009 soll es größere Aktionen anlässlich des 60. Jahrestags der Gründung der NATO geben. Auf der Konferenz der NATO in Strasbourg soll eine atomare Erstschlagsstrategie, die zukünftige Aufnahme von Ukraine und Georgien in die NATO und mindestens eine engere militärische Kooperation mit Australien und Japan diskutiert werden. NATO-Kriegseinsätze sollen zukünftig weltweit möglich sein.

In den größten Teilen der Welt müssen die Menschen um die nackte Existenz kämpfen. Rund um die wenigen Wohlstandsinseln herrschen massenhafte Erwerbslosigkeit, Armut, Verelendung, das Leiden und Sterben an vermeidbaren Krankheiten und zerstörter Natur. Nur der Rohstoffabbau für die Produktion in den Zentren des Kapitalismus zählt. Wer z. B. dem Abbau von für die Handyproduktion wichtigen Rohstoff Coltan im Ostkongo im Weg steht, wird durch vom Kapital abhängige oder direkt bezahlte Warlords, durch Privatarmeen oder EU-Truppen beseitigt. Wer das Pech hat, zu nahe an Ölquellen oder an Pipeline-Trassen zu leben, wird von den F-16- und Tornado-Kampfflugzeugen der USA oder NATO ermordet. Wer in einem Urwaldgebiet lebt – wie in Chiappas – das für eine mittelamerikanische Industriezone und für hochwertigen »Öko-Tourismus« erschlossen werden soll, die/der lebt gefährlich: nämlich als Zielscheibe für die von den USA ausgebildete mexikanische Armee oder von Todesschwadronen.

Die Übernahme der Universität durch das Kapital schreitet EU-weit voran. Nach der Verschulung (Kurzstudiengänge, verschärfte Prüfungsordnungen, Studiengebühren, Entdemokratisierung usw.) der Universitäten und der Ausrichtung der Inhalte an den Interessen des Kapitals geht es jetzt um die Privatisierung der Hochschulen und den institutionalisierten Einfluss des Kapitals in den universitären Gremien. Das so genannte Hochschul-Freiheits-Gesetz in NRW will letztlich private Bildungskonzerne mit ausgewählten KapitalvertreterInnen, so genannten Hochschulräten, an der Spitze. Sie sollen zukünftig um staatliche Zuwendungen und private Fördergelder, um StudentInnen und Personal in Wettbewerb treten. Kapitalkonforme WissenschaftlerInnen sollen im Wettbewerb der Universitäten wissenschaftliche Grundlagen, Herrschaftstechniken und profitable Technologien entwickeln.

Bereits im März 2000 verabschiedete die EU in Lissabon ein Programm, das zum Ziel hat, »die EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt zu machen«. Die Knebelung hunderttausender StudentInnen – von Portugal bis Polen – mit einer sinnentleerten und mit Leistungsdruck in Gang gehaltenen Ausbildung ist der Preis für das Streben des Kapitals in EU-Europa nach ökonomischer Vormachtstellung. Die Hochschulen sind nicht die einzigen öffentlichen

Einrichtungen, die privatisiert und betriebswirtschaftlich rentabel werden sollen. Es betrifft auch Schulen, Krankenhäuser, Verkehrsbetriebe und Wasser- und Energieversorgung.

An vielen Orten protestierten im Sommer 2008 Minderheiten in den StudentInnenenschaften gegen die Einführung der Hochschulräte, mit größeren Aktionen z. B. in Köln. Die Studierenden hielten Kundgebungen auf dem Campus ab, veranstalteten über einen längeren Zeitraum hinweg ein Aktions- und Infocamp und besetzten das Rektorat. Die Abschaffung der Studiengebühren in Hessen wurde auch durch den zum Teil militanten Widerstand z. B. durch Autobahnbesetzungen wie in Frankfurt und Marburg erreicht. SPD/Grüne/Linke wurden durch diesen politischen Druck dazu gezwungen, ihre Wahlversprechen teilweise einzuhalten und waren genötigt, einen entsprechenden Antrag im Landtag zu stellen.

Bundesweit blieb der Widerstand aber rudimentär. Die letzte bundesweite Demonstration bzw. Aktion fand am 26. Januar 2008 anlässlich des Jahrestags des Bundesverfassungsgerichtsurteils über die Einführung von Studiengebühren in Frankfurt/M mit ca. 1500 TeilnehmerInnen statt. Die teilnehmenden SchülerInnen und StudentInnen waren dabei harter Polizeirepression ausgesetzt.

Am 26. November 2008 besetzten etwa 400 StudentInnen das House of Finance, ein Prestigeobjekt der Frankfurter Uni und des Bankkapitals. In diesem teilweise vom Kapital gesponsorten wirtschaftswissenschaftlichen Institut lehren einige der brutalsten Ökonomen, die die theoretischen Grundlagen für die Instrumente geschaffen haben, die die Finanzkrise verstärkt haben. Es ist die erste Aktion, die eine direkte Konfrontation mit einem repräsentativen Stützpunkt des Kapitals an der Uni darstellt. Mit der Umbenennung dieses House of Finance in Karl-Marx-Haus knüpften sie an Widerstandstraditionen in Frankfurt aus den 1968er Jahren an.

Gegen die materielle Unterversorgung der Schulen (überfüllte Klassen und LehrerInnenmangel), gegen das so genannte Turboabitur und für kostenlose Bildung an Schulen und Hochschulen gingen am 12. November 2008 bundesweit 100.000 SchülerInnen auf die Straße. In Hannover kam es zu einer Landtagsblockade, in Berlin wurde die Humboldt-Universität gestürmt. In mehr als 40 Städten wurden Schulen bestreikt und wurde demonstriert.

Faschistische Aufmärsche, Rassismus und Antisemitismus auch in der so genannten Mitte der Gesellschaft sind immer wieder Anlässe für grundsätzliche antikapitalistische Kritik, wie z. B. am 1. Mai 2008 in Hamburg und Nürnberg.

Auf Einladung der faschistoiden Organisation Pro Köln wollten sich deutsche Nazis und Rechtskonservative, Le Pens Front National und die FPÖ, die rassistischen Lega Nord, Vlaams Belang, British National Party und andere Rechtsextreme ein Stelldichein geben. Thema des Treffens war die Hetze gegen EinwanderInnen, gegen Nicht-Deutsche und gegen Menschen, die nicht dem christlichen Kulturkreis angehören (wollen).

Die Konstruktion eines völkisch-abendländischen Selbst in Abgrenzung von – zumeist armen – Menschen aus Regionen mit islamisch geprägter Kultur ist für sie ein wichtiges Werkzeug für ihre rassistische Hetze. Das gilt z. B. für die Lega Nord, deren Minister Flüchtlingsboote auf dem Mittelmeer von der italienischen Marine versenken lassen wollen. Oder für den Front National, der in Frankreich gegen Menschen afrikanischer Herkunft pogromartige Hetze betreibt. Und genau so für die Kölner Rathausfraktion von Pro Köln, die seit Jahren u. a. gegen Roma, Flüchtlinge und gegen den Bau von Moscheen in

Köln polemisiert und die versucht, sich in NRW und bundesweit auszudehnen. Ein antifaschistischer Gegenkongress vom 5. bis 7. September 2008 hatte linke Strategien im Umgang mit Islamkritik thematisiert, an dessen Diskussionen sich Menschen aus der Ökologischen Linken mit einer grundsätzlich religionskritischen Position beteiligten.

Rassistische Hetze ist aber kein exklusives Thema von FaschistInnen und RechtspopulistInnen. Auch Schäuble und Otto Schily wollen Flüchtlinge in Nordafrika in Lagern internieren. Lafontaine will deutsche »Familienväter« vor »Fremdarbeitern« schützen und in Berlin trägt die vereinigte reformistische Linke, SPD und DIE LINKE, die Verantwortung für eine gnadenlos unmenschliche Abschiebungspraxis und Flüchtlingslager. Inzwischen sind in vielen Städten Moscheebauten zu Kristallisationspunkten für rassistische Kampagnen gemacht worden, z. B. in Berlin (Heimersdorf) oder in Frankfurt am Main (Hausen). Faschistische Organisationen und rechtspopulistische Bürgerinitiativen malen die drohende Islamisierung Europas an die Wand, reden von »Parallelgesellschaften«, meinen aber in Wirklichkeit »Ausländer raus«.

Den VorkämpferInnen fürs Abendland und Deutschtum geht es nicht um eine Kritik an überholten religiösen Riten oder reaktionären Inhalten des Islam und erst Recht nicht um eine generelle Religionskritik gegen Kreuze und Schleier gleichermaßen. Im Gegenteil. Die religiös begründete Abwertung von Frauen, von Schwulen und Lesben, den Antisemitismus und die Obrigkeitshörigkeit in vielen Richtungen des Islam teilen sie ausdrücklich.

Grundsätzliche Kritik an jeder Religion, erst recht an fundamentalistisch aufgeladenen Religionen und damit auch am Islamismus ist nötig. Aber immer noch segnen auch z. B. christliche Kirchen den Krieg, diskriminieren Frauen, Schwule/Lesben und Menschen anderer Hautfarben und tradieren einen christlichen Antijudaismus. Es geht mindestens um die Überwindung der diskriminierenden, inhumanen Beschränkungen überall und in allen Religionen und Irrationalismen, vom Dalai Lama bis Joseph Ratzinger.

Der »Antiislamkongress« in Köln konnte durch eine antifaschistische Gegenmobilisierung verhindert werden. Am 19. September demonstrierten 3000 Menschen unter Beteiligung der Ökologischen Linken anlässlich einer linksradikalen Demonstration. Am darauf folgenden Tag blockierten 20.000 Menschen den Kundgebungsort von Pro Köln; andere attackierten die wenigen Hundert Nazis und RechtspopulistInnen bei deren Anreise.

Die Ökologische Linke verteilte die von Jutta Ditfurth am 4. Oktober 2007 im Römer gehaltene Rede, die auf einem Flugblatt gegen Pro Köln mit dem Titel »Keine Kreuze, keine Schleier« dokumentiert worden war. Darin greift Jutta Ditfurth die Verlogenheit der Parteien im Frankfurter Stadtparlament und den Rassismus an, der von den FaschistInnen bis weit in die bürgerlichen Parteien geschürt wird. Brandstifter ist dabei Wolfgang Hübner vom BFF (Bürger für Frankfurt), einer Gruppierung, die unter dem bürgerlichen Deckmantel rassistisches Gedankengut transportiert.

Am 4./5. September 2008 fand in Kassel die Politik-Messe *Politica* statt, zu der auch die Ökologische Linke eingeladen war. Als sich herausstellte, dass alle beim Bundeswahlleiter registrierten Parteien, also auch die NPD, zur Messe eingeladen worden waren, wählte die Ökologische Linke eine dauerhafte Aktionsform im Rahmen der Kunstaussstellung. Der Stand der Ökologischen Linken und ÖkoLinX-ARL wurde verhüllt und eine Erklärung gegen die Teilnahme von Nazis ausgehängt.

Roger Kusch vom äußersten rechten Rand der CDU und ehemaliger Hamburger Justizsenator heizte im Sommer 2008 die Debatte um die staatliche Legalisierung von Euthanasie an. Er gründete einen Verein »Dr. Roger Kusch Sterbehilfe e. V.«, um organisierte Tötung – sprich Euthanasie – im Gesetz zu verankern. Der Bundestag berät seit Frühjahr 2008 über Anträge, die Euthanasie zu legalisieren. Mit einem Appell an den deutschen Bundestag »Das gesellschaftliche Tötungsverbot darf nicht abgeschafft werden« wandten sich Menschen aus der Hospiz- und Antieuthanasiebewegung gegen solche Enttabuisierungen des Tötens. Der mörderische Umgang von Kapital und Staat mit Menschen, die für ihre Verwertungs- und Herrschaftszwecke überflüssig sind, drückt sich in solchen Gesetzesinitiativen aus. Euthanasie soll als scheinbar objektive, technokratische ärztliche Dienstleistung und mit Selbstbestimmungssiegel wahrgenommen werden. Die Tötung von Menschen durch den Staat geregelt, mit allen Zwängen und Deformierungen durch die kapitalistische Herrschaft, bleibt jedoch immer faschistisch.

Vom 18. bis 24. August 2008 fand in Hamburg das erste Klimacamp statt. Organisiert wurde es von einigen Gruppen aus dem Heiligendamm-Dissent-Bündnis, Gruppen aus der Interventionistischen Linken, aber auch von Attac und Grüner Jugend. Sehr zu begrüßen ist, dass die MacherInnen in ihrem Aufruf den Zusammenhang zwischen ökologischer und sozialer Frage aufgreifen. Unter dem Titel »cool breeze of resistance« machten ÖkoanarchistInnen, AttaclerInnen, einzelne Gruppen aus Berlin und aus dem Wendland und andere mobil gegen das Kohlekraftwerk Moorburg, das in Hamburg vom CDU/Grünen Senat genehmigt wurde. Das ist aber eine falsche Orientierung und fällt der Anti-AKW-Bewegung in den Rücken. Denn das Atomkapital arbeitet an einer weltweiten Offensive für die Modernisierung der Atomenergie. Die Atomlobby versucht, die Lüge von der angeblich CO<sub>2</sub>-ärmeren Energieerzeugung durch AKWs aufzuwärmen. Sie will die Klimakatastrophe nutzen, um die Menschen für den weltweiten Ausbau von Atomkraftwerken zu ködern.

EU-Europa setzt auf die Atomenergie, um die Energieversorgung leichter kontrollieren zu können. Es braucht als imperialistisches Zentrum Atomwaffen, um den Trikont im Würgegriff zu halten. Frankreich will mit Großbritannien beim Aufbau einer neuen Generation von AKWs zusammenarbeiten. Frankreich plant ebenfalls die Lieferung von EPR-Reaktoren an Libyen, Ägypten und an die Vereinigten Arabischen Emirate. In der Schweiz wollen Atomkonzerne drei neue AKWs bauen und weitere in Finnland, Bulgarien, im Baltikum und in der Türkei. Großbritannien will zehn neue AKWs bauen. Auch wenn nicht davon auszugehen ist, dass aufgrund der Krisen in den einzelnen Ländern diese Pläne eins zu eins umgesetzt werden können, sind sie doch ein Beleg für die offensichtliche Stärke, mit der die Atomlobby meint auftrumpfen zu können, und das im Jahr zahlreicher Atompannen z. B. alleine hier in der BRD mit 118 meldepflichtige Störfälle.

Dank der Anti-AKW-Bewegung gibt es seit den 1970er Jahren in der BRD-Bevölkerung bisher eine mehrheitliche Ablehnung der mörderischen Atomenergie. Es ist wichtig, dieses politische Bewusstsein zu erhalten und auszubauen. Das geht nur, wenn weiter Kämpfe (und seien es auch nur Abwehrkämpfe) der Antiatombewegung entfacht werden und sich viele daran beteiligen. Beispiele sind der Konflikt um Schacht Konrad als Endlager für »mittelradioaktiven Atomabfall« und um das beginnende Absaufen des Endlagers Asse, die gesellschaftliche Debatte um die Gefährlichkeit von AKWs, Aktionen gegen den Atombrennstoffkreislauf der Uranaufbereitungsanlage in Gronau. Darum hat sich der BundessprecherInnenrat an der Anti-AKW-Konferenz vom 5. bis 7. September 2008 in Braunschweig beteiligt. Besonders der CASTOR-Widerstand ist eine der politischen Aktionen, die die Herrschenden ernsthaft in Bedrängnis bringt. Er geht über Symbolik hinaus. So war es auch während des Transports im November 2008.



Der Offensive des Atomkapitals und seiner politischen HandlangerInnen wurde eine Antwort erteilt, mit der die Herrschenden so nicht gerechnet hatten. Sowohl die Größe und Breite der Auftakt-Demonstration am 8. November 2008 mit ca. 20.000 TeilnehmerInnen als auch die Qualität der konkreten Widerstandsaktionen knüpfte an frühere erfolgreiche Zeiten an. Der Skandal um das Endlager Asse und der verbrecherische Umgang der Atommafia mit der radioaktiven Lauge, die dort entsteht, hat – den Transparenten auf der Demonstration zufolge – ganz deutlich einen Stellenwert im Bewusstsein der Menschen gehabt, die nach Gorleben kamen.

Der BundessprecherInnenrat erstellte eine überarbeitete Neuauflage des Anti-AKW-Flugblattes gegen das Atomkapital und seine Einheitspartei und verteilte etwa 3500 Stück auf der Demonstration am 8. November 2008 in Gorleben. Die Kundgebung war stark geprägt von falschen Ausstiegsforderungen und der Hoffnung auf Mehrheiten jenseits der CDU. Das Flugblatt der Ökologischen Linken mit seinem Angriff gegen die Atomeinheitspartei aus CDU/CSU/SPD/Linkspartei/FDP/Grüne hielt dagegen und fand großen Zuspruch.

Auch die Qualität der konkreten Widerstandsaktionen in den folgenden Tagen legte offen, dass es ein Widerstandspotential gegen die Atomenergie gibt, das über die Kritik an dem geplanten Endlager Gorleben hinausgeht. Über die ganzen drei Tage nach der Demonstration gab es Widerstand auf der gesamten CASTOR-Transportstrecke, in Frankreich und in Deutschland. Neben einer Ankettaktion im deutsch-französischen Grenzgebiet, die den CASTOR-Transport nahezu einen Tag aufzuhalten vermochte, gab es – vermehrt im Wendland – Aktionen wie Brandanschläge, Gleiszerstörungen, Materialblockaden (Trecker, intelligente Betonaktion), Abseil- und weitere Ankettaktionen bis hin zu Sitzblockaden. Durch bessere Kommunikation und schnellere, flexible Mobilisierungen war mensch den Sondereinsatzkommandos voraus.

Ein negativer Begleitaspekt ist der Versuch der GRÜNEN gewesen, den Widerstand zu funktionalisieren und sich als Anti-Atompartei darzustellen. Das soll wohl bei der Bundestagswahl 2009 helfen, ein gutes Ergebnis für die Grünen zu erzielen.

40 Jahre nach der Revolte von 1968 übten sich bestimmte ehemalige Linke, die heute ihren Frieden mit dem System gemacht haben, in der Denunziation dieser Rebellion und der Keime der Revolution, die sie in sich trug. Die Adenauer-Ära in der BRD war nicht vorbereitet auf den Modernisierungsdruck seitens des Kapitals nach der Niederlage des NS-Faschismus und nach dem Ende der Rekonstruktionsperiode bis Anfang der 1960er Jahre. Im Bereich Bildung waren die Strukturen zu verkrustet, um den Anforderungen und der Dynamik des von den Westmächten gepuschten Wiederaufbaus der Bundesrepublik auch als Frontstaat gerecht zu werden. Darum wurden Reformen nötig, um den so genannten Bildungsnotstand zu beheben. Vielen machten die Zustände den »Muff von Tausend Jahren« bewusst, von dem sie umgeben waren. Neben StudentInnen, die gegen die sie umgebenden fortlebenden faschistischen Strukturen und sich weiter in Ämtern und Würden befindlichen NS-Schergen aufbegehrten, begannen Frauen für ihre individuelle und gesellschaftliche Emanzipation zu kämpfen und proletarische Jugendliche gegen Arbeitszwang und kapitalistische Ausbeutung. Der Krieg in Vietnam bewegte von Berkeley bis Paris, von Tokio bis Berlin junge Leute sowie AntimilitaristInnen jeden Alters und es liefen verschiedene Ströme und Widerstandskulturen zusammen. Es war eine politische und kulturelle Revolte, die viele Bereiche der Gesellschaft erfasste und die von einem Großteil der Leute zunehmender mit weitergehenden Zielen nach Befreiung von Krieg und Kapitalismus verbunden wurde.

Diese Revolte hatte Wirkung und sowohl die Reaktionen der Herrschenden darauf und einsetzende politisch ideologische Konflikte in der Bewegung führten zu einem Zerfall: Am 2. Juni 1967 wurde Benno Ohnesorg während einer Anti-Schah-Demonstration von der Polizei erschossen. 1968 wurde ein Attentat auf Rudi Dutschke verübt. Die Niederschlagung des Prager Frühlings führte zu Spaltungen. Eine der Spaltungen mündete in die Zersplitterung der Bewegung in verschiedene so genannte K-Gruppen, Autonome, soziale Bewegungen usw.. Einige der Renegaten, die heute behaupten, 1968 sei nicht mehr gewesen als Sex, Drugs and Rock 'n' Roll, landeten im Gravitationsfeld der Sozialdemokratie. Andere, die wie Götz Aly, mit Buchtiteln wie »Unser Kampf« eine 1933 und 1968 gleich setzende Totalitarismustheorie bedienen, hatten nie etwas mit den befreienden Impulsen von '68 am Hut.

Die bürgerliche Presse preist die Che-Guevara-Biografie »Traumpfade der Weltrevolution – Das Che-Guevara Projekt« von Gerd Koenen. Sein Anliegen ist es, Che als Vorbild für viele heutige Jugendliche zu demontieren. Che Guevara wird als blutrünstig und unmenschlich dargestellt. Es geht solchen Renegaten um eine Revision der Geschichte und darum, jedes linke emanzipatorische und revolutionäre Engagement heute zu denunzieren.

Durch Veröffentlichungen – wie z. B. dem Flugblatt der Ökologischen Linken oder Jutta Ditfurths Bücher »Ulrike Meinhof. Die Biografie« und »Rudi und Ulrike« – und Veranstaltungen und Lesungen u. a. von Jutta Ditfurth wurde der Geschichtsrevisionismus im Umgang mit der APO angegriffen. Der radikale politische Kern der 68er-Revolte konnte gegen die beschriebenen Denunziationsversuche heraus gearbeitet werden. Viele vereinzelte »Alt-68er« nahmen mit Sympathie für die Standpunkte der Ökologischen Linken an diesen Veranstaltungen teil. Anlässlich des ersten »Rebellionsgesprächs« am 13./14. September 2008 in Frankfurt diskutierte die Ökologische Linke mit einer Reihe von Interessierten über die Möglichkeiten des Widerstands – damals und heute.

Im Mai 2008 legte Jutta Ditfurth ihr Mandat im Römer nieder. Aus ihrer Begründung geht hervor, wie ihre Oppositionsarbeit durch politisch gewollte Beschränkungen unmöglich gemacht wurde. Die materielle Ausstattung, die ihr nach der juristischen Niederlage beim Kampf um den Fraktionsstatus vor dem Verwaltungsgerichtshof als Mandatsträgerin zugestanden wurde, bestand nach sinn- und nutzlosen Verhandlungen in 500 Blatt Schreibmaschinenpapier pro Monat und einem Raum. Auf der Website der Antifa Soltau-Fallingbommel-Walsrode wird dieser Rücktritt treffend kommentiert: »Ist also diese Mandatsniederlegung eine zwanglose Entscheidung? Sicher ist, dass jene Frankfurter, die ausgegrenzt sind, keine Teilhabe am Gemeinwohl kennen, die arm sind, mit Jutta Ditfurths Abgang einen herben Verlust erlitten haben.« Jutta Ditfurth in ihrer Erklärung: »CDU und Grüne drängen mich aus dem Römer. Sie werden unterstützt von der FDP, aber auch von der SPD, die – obwohl sie widerwillig Opposition ist – keinen Moment daran dachte, die Rechte einer Minderheit solidarisch zu unterstützen und unterwürfig allem zustimmte, was CDU und Grüne ausgeheckt haben.« Und noch einmal bezogen auf die Grünen: »Das einzige, was die Grünen aus ihrer Vergangenheit mitgenommen haben, ist das Wissen darum, wie man Minderheiten schäbig behandelt – was sie selbst mal erlitten haben, wenden sie nun auf linke KritikerInnen an.« Das Mandat der ÖkoLinX-ARL ist nicht verloren, da es von Manfred Zieran weiter wahrgenommen wird.

Was unterscheidet, was verbindet die verschiedenen Motive und Erscheinungsformen von Widerstand? Widerstand kann direkt entstehen, aus dem Protest gegen das Fehlen des Lebensnotwendigen (Essen, Wasser, freie Zeit, Wohnung oder Gesundheitsversorgung)

wie in den abgehängten Stadtvierteln der kapitalistischen Zentren ebenso wie in den Barrios von Sao Paulo, Buenos Aires und Mexiko City. Widerstand kann aber auch aus anderen Motiven erwachsen, aus dem Ekel vor der Leere der angebotenen bürgerlichen Existenz und vor konsumistischen Ersatzbefriedigungen.

Die gegenwärtige Etappe in der Verteidigung und Entfaltung der kapitalistischen Produktion ist von einer immensen Brutalität geprägt. Sie wird noch einmal verschärft durch die Bewältigungsversuche der weltweiten Krise, durch weitere Verelendung und Krieg. Sie bringt an vielen Orten Gegenreaktionen hervor: Hungermärsche – Fluchtbewegungen – neue sozialistische Organisationen – Massenstreiks – Straßenblockaden – Guerillakrieg (Nepal) – bewaffnete Banden, die Abgaben von Ölkonzernen erpressen (Nigeria) – Kämpfe um die Selbstorganisation von Alltagsbedürfnissen in den Slums – Plünderungen oder die Abwehr von separatistischen Bestrebungen von Fraktionen der Herrschenden (Bolivien). Wie organisiert und geschichtsbewusst sind solche Kämpfe? Geben religiöse und irrationale Weltanschauungen den Ton an oder fortschrittlich-politische? Welchen Einfluss haben reformistische Kräfte, die den Kapitalismus durch die Kanalisierung von sozialen Kämpfen modernisieren und retten wollen?

So sehr mensch sich über jeden Widerstand freut, ist doch immer zu prüfen, ob er im Kern emanzipatorisch ist. Wäre er nationalistisch, rassistisch oder antisemitisch, wäre das ein fundamentaler Widerspruch. Es ist klar, dass die gesellschaftlichen Ausgangsbedingungen auch die Widerstandsformen prägen und damit Widersprüchliches immer Teil eines gemeinsamen Widerstandes ist. Also keine sektiererische Abschottung, sondern Bündnisfähigkeit mit klaren Kriterien und Grenzen.

Menschen werden auf jeden Fall immer Widerstand leisten, so lange Menschen gequält werden.

Ohne Solidarität, ohne soziale Bewegungen, ohne gesellschaftliche Gegenmacht wird es keine befreite Gesellschaft geben. Oder – sinngemäß zitiert nach Peter Brückner – »Revolutionäre Politik braucht ein Optimum an Disziplin und Ungehorsam.«

**Rechenschaftsbericht für die Bundeskonferenz der Ökologischen Linken  
am 13./14. Dezember 2008 in Köln**